

Němeček, Jan: Od spojenectví k roztržce. Vztahy československé a polské reprezentace 1939-1945 [Vom Bündnis zum Bruch. Die Beziehungen der tschechoslowakischen und polnischen Vertretungen 1939-1945].

Academia, Praha 2003, 373 S.

Auf einer sehr breiten, wohl kaum noch zu erweiternden Quellenbasis stellt der Prager Rechtshistoriker Jan Němeček die Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und der polnischen Exilregierung im Zweiten Weltkrieg dar. Er hat sowohl in tschechischen und polnischen als auch in britischen und amerikanischen Archiven gearbeitet und dabei nicht nur die Akten der beteiligten Außenministerien, sondern auch einige Nachlässe eingesehen wie jene Štefan Osuskýs, Lev Prchalas, Juraj Sláviks und Edvard Táborskýs in der Hoover Institution on War and Peace in Stanford und den Nachlass Karel Lisickýs in der School of Slavonic and East European Studies in London. Auf der Basis dieser umfassenden Studien kann er z. B. Besprechungsprotokolle vergleichen und Akzentsetzungen und Auslassungen der beteiligten Politiker überzeugend herausarbeiten. Dadurch entsteht auch ein differenziertes Bild der Gegensätze im tschechoslowakischen und polnischen politischen Exil, wobei Němeček besonders den Londoner Botschafter und zeitweiligen amtierenden Außenminister Edward Ráczyński positiv zeichnet. Ausführlich informiert er über die polnischen Kontakte zur tschechischen und slowakischen Opposition gegen Beneš und seine Regierung.

Edvard Beneš zeigte sich gegenüber den Plänen einer Föderation mit Polen von Anfang an zurückhaltend – auch zur Enttäuschung des ehemaligen Gesandten in Warschau, Juraj Slávik. So wehrte er schon im Januar 1940 einen Versuch der polnischen Exilregierung ab, die Anerkennung des „Tschechoslowakischen Nationalausschusses“ (ČSNV) mit einer entsprechenden politischen Deklaration zu verbinden (S. 52). Den Briten teilte Beneš mit, dass er mit den Polen nicht verhandeln könne, solange es keine tschechoslowakische Regierung gebe (S. 58). Němeček bestätigt, dass die Verhandlungen über eine „Föderation“ auch nach der Anerkennung der provisorischen tschechoslowakischen Regierung von polnischer Seite – besonders von Ráczyński – ausgingen. Benešs vorsichtigen Plan einer „confédération sui generis“ wollte Sikorski am 15. Oktober 1940 sofort unterzeichnen, wovon Beneš jedoch zurückschreckte: Er argumentierte, es könne ohne gute Beziehungen Polens zur Sowjetunion keine engere Zusammenarbeit geben (S. 90 f.).

„Mit Recht“ seien die polnischen Vorstellungen von einer dreiteiligen Konföderation aus Polen, Tschechien und der Slowakei zurückgewiesen worden, wie sie u. a. Stanisław Kot vertreten habe, schreibt Němeček. Für die tschechoslowakische Regierung sei immer nur der Beitritt der vereinten Tschechoslowakei zu einer Konföderation in Frage gekommen (S. 46). Übrigens bietet Němeček eine gute Erklärung für Kots Sympathie für Milan Hodža, indem er auf dessen Einsatz für die polnischen Emigranten in der Tschechoslowakei, besonders den Volkspartei-Führer Wincenty Witos hinweist (S. 74). Nur macht Němeček den Fehler, jegliche polnische Unterstützung für die Slowaken Milan Hodža und Štefan Osuský als Festhalten an dem Ziel des ehemaligen Außenministers Józef Beck zu interpretieren, Tschechen und Slowaken zu trennen (S. 68, 164). So ernannte die polnische Regierung keinen Ver-

treter beim ČSNV, weil sie dessen Zusammensetzung für nicht repräsentativ hielt, und zwar besonders in Bezug auf die Slowaken (S. 48). Und Ministerpräsident Władysław Sikorski plädierte dafür, Hodža zu unterstützen, um die Tschechen zu Zugeständnissen in Richtung der nationalen Aspirationen der Slowaken zu veranlassen (S. 68). Auch Raczyński sprach sich im September 1940 nur für eine „harmonische“ Lösung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken aus (S. 86). Die Frage, ob die polnische – wie übrigens auch die französische und britische – Kritik an einer unbefriedigenden Vertretung der Slowaken in den Exilorganen berechtigt gewesen sein könnte, stellt Němeček nicht (S. 78).

Beneš ging von Anfang an davon aus, dass Polen die alte Ostgrenze nicht zurück-erhalten werde (S. 57), während Masaryk Verständnis für den polnischen Wunsch äußerte, zu den Vorkriegsgrenzen im Osten zurückzukehren (S. 112). In der Frage der künftigen Staatsgrenzen bezeichnet Němeček Sikorski als „Idealisten“ und Raczyński als „Realisten“ (S. 152). Offenbar hat er meine Ergebnisse über den Unterschied zwischen öffentlichen und vertraulichen Aussagen beider Politiker nicht zur Kenntnis genommen.

Gegensätzliche Positionen vertraten Polen und Tschechen in Bezug auf die künftige Zugehörigkeit des Teschener Gebiets und die slowakisch-ungarische Grenze. Die Beziehungen beider Regierungen gegenüber Ungarn unterschieden sich nicht nur aufgrund unterschiedlicher Traditionen, sondern auch, weil die polnische Regierung wegen der zahlreichen in Ungarn internierten polnischen Flüchtlinge vorsichtig vorgehen musste (S. 59). Der Vorkriegsstreit um den Besitz des Teschener Gebiets schwelte weiter. Němeček erwähnt nicht, dass Beneš zeitweise zur Abtretung eines kleineren Gebiets bereit war und daran dachte, die Doppelstadt Teschen (Český Těšín/Cieszyn) beiderseits der Olsa (Olše/Olza) zur Hauptstadt der Konföderation zu machen. Mit Empörung nahm die tschechoslowakische Regierung zur Kenntnis, dass im Februar 1942 ein Vertreter der Teschener Polen in den polnischen „Nationalrat“ ernannt wurde (S. 120). In seiner Verteidigung tschechoslowakischer Positionen geht Němeček so weit, sogar den Vorschlag eines „Transfers“ der Polen aus dem Teschener Gebiet zu verteidigen, nämlich als Antwort auf polnische Provokationen und als verständlich in der damaligen Zeit (S. 188).

Anders als Jaroslav Valenta, dem weder über Beneš noch über dessen Anhänger ein kritisches Wort entschlüpfte, bemüht sich Němeček um ein kritisches Urteil über einzelne Aktionen der Gruppe um Beneš. Das gilt z.B. für die Vorwürfe, mit denen diese Gruppe General Prchala aus der Exilbewegung ausschaltete (S. 41 f.). Němeček distanziert sich auch von den Anschuldigungen, die der ehemalige slowakische Gesandte Ladislav Szathmary gegen die Mitglieder der Opposition vorbrachte, und bezeichnet diese als „aus historischer Sicht nicht besonders objektiv“. Josef Bartík, Abteilungsleiter im Exil-Innenministerium, hatte sogar behauptet, es handle sich bei den Oppositionellen um „prodeutsche Agenten“, was zu ihrer Festnahme durch die Briten führte (S. 75 f.). In beiden Fällen scheut aber Němeček vor einer Kritik an Beneš selbst zurück, dessen Zustimmung seine Anhänger für ihre Verleumdungen brauchten. Denn auch aus Němečeks Darstellung geht hervor, dass die tschechoslowakischen Exilpolitiker keinen Schritt ohne Benešs Zustimmung wagten. Beneš war es, der die Polenpolitik seiner Regierung zumindest bis zum Sommer 1942, als

die Kommunisten und ihre fellow travellers größeren Einfluss gewannen, allein bestimmte, während auf polnischer Seite mehrere Politiker gegeneinander bzw. zusammenarbeiteten (S. 107).

Němeček vergleicht seine Ergebnisse nicht mit meinen monographischen Darstellungen. Ein Grund dafür könnte sein, dass diese erst 2002 bzw. 2003 in tschechischer Sprache erschienen,¹ und somit offenbar nach der Fertigstellung seines Manuskripts. Nur so kann ich mir erklären, weshalb Němeček manche Schlüsse als neu ausgibt, die ich schon gezogen hatte, wie z.B. über den Widerstand der polnischen gegen die Anerkennung der tschechoslowakischen provisorischen Exilregierung (S. 69). Dass dies an mangelnden Deutschkenntnissen liegen könnte, entnehme ich auch einer Fehlinterpretation meiner Hypothese, dass Beneš der Konföderation mit Polen zugestimmt habe, um als Gegenleistung die britische Zustimmung zum „Transfer“ der deutschen Minderheit zu erreichen. Mit diesem Tauschhandel erklärte zumindest Beneš selbst im Dezember 1943 Molotov sein Einverständnis mit dem Konföderationsplan. Darauf und auf die Erklärung beider Regierungen vom Januar 1942 bezieht sich meine Hypothese, während Němeček sie – zu Recht – für die Erklärung vom November 1940 zurückweist (S. 97).

Němeček beschreibt die Intensität der Zusammenarbeit beider Exilbewegungen auf vielen Gebieten von den Auslandsarmeen bis zum Austausch von Gastkommentaren in den Zeitungen. Er zeigt, dass die polnische der tschechoslowakischen Regierung die Möglichkeit eröffnete, mit dem Vatikan und Spanien über die polnischen Gesandten Kontakt zu halten. In Ungarn halfen die Polen bei der Evakuierung tschechoslowakischer Flüchtlinge und in Frankreich bei der Evakuierung tschechoslowakischer Piloten auf die britischen Inseln (S. 61-66).

Wenngleich sie sich der Gegensätze in Bezug auf die Politik gegenüber der Sowjetunion, auf das ungelöste Teschen-Problem und auf die unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialstruktur bewusst waren, gaben beide Regierungen am 11. November 1940 bekannt, dass sie „als unabhängige und souveräne Staaten nach dem Kriege in eine engere politische und wirtschaftliche Gemeinschaft eintreten“ wollten. Die polnische Regierung unterzeichnete, obwohl sie Beneš zunehmend dominante Stellung im tschechoslowakischen Exil mit Misstrauen beobachtete. Einige polnische Minister hatten sich weiterhin gegen die Anerkennung der provisorischen tschechoslowakischen Regierung ausgesprochen, andere standen Beneš wegen dessen Haltung zur Sowjetunion nach wie vor kritisch gegenüber (S. 67). Wie Milan Hodža zweifelten sie daran (S. 107), dass Beneš langfristig auf eine Einigung mit Polen setzen werde.

¹ Brandes, Detlef: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939-1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz in Teheran. München 1988 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 59). – Die tschechische Ausgabe erschien unter dem Titel: Exil v Londýně. Velká Británie a její spojenci Československo, Polsko a Jugoslávie mezi Mnichovem a Teheránem. Praha 2003. – Ders.: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. München 2001 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 94). – Tschechisch: Cesta k vyhnání 1938-1945. Plány a rozhodnutí o „transferu“ Němců z Československa a z Polska. Praha 2002.

Am Tag nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion freute sich Beneš über die Schwächung der Position Polens: „Die sind jetzt alle unter dem Tisch.“ Diese Äußerung, die Němeček natürlich kennt, passt aber nicht in das Bild, das er von Beneš zeichnen will. Deutlicher als bisher möglich arbeitet Němeček jedoch heraus, dass Außenminister Jan Masaryk der sowjetischen Politik kritischer gegenüber und damit den Polen näher stand als Beneš (S.132, 193). Dass die Ernennung Zdeněk Fierlingers zum Botschafter in Moskau ein Fehler war, hat sich nach Němeček erst später herausgestellt (S. 128).

Němeček interpretiert die Wiederaufnahme der Besprechungen mit den Polen Anfang November 1941 als Beweis dafür, dass Beneš unverbrüchlich hinter dem Konföderationsplan gestanden habe. Němeček erwähnt zwar, dass Beneš die Notwendigkeit, einen festen Block beider Staaten zu bilden, in erster Linie mit der Gefahr eines Putsches der Wehrmacht und eines anschließenden deutschen Friedensangebots begründet hat. Dieser Block sollte weitreichende alliierte Zugeständnisse an eine neue deutsche Regierung verhindern. Diese Furcht vor einem möglichen Kompromissfrieden stand m. E. hinter Benešs wiederauflebendem Interesse an den Polen – ebenso wie hinter seinen erneuten Verhandlungen mit Wenzel Jaksch, auch darauf habe ich schon 1988 hingewiesen. Zu Benešs Bereitschaft, am 19. Januar 1942 den Plan einer Konföderation mit Polen zu billigen, trug dann allerdings auch Sikorskis scheinbar erfolgreicher Besuch in Moskau bei, was Němeček seltsamerweise gar nicht erwähnt. Ausführlich indessen informiert Němeček über das immer schärfer formulierte sowjetische Veto gegen den Konföderationsplan, dem sich Beneš schließlich beugte. Aber auch die Alternative eines Bündnisvertrages gegen Deutschland ließ Beneš nach dem sowjetischen Einspruch fallen, während Masaryk zumindest in den Gesprächen mit polnischen Politikern wiederholt Kritik an Benešs Politik gegenüber Polen äußerte (S. 202 f.). Es sei „nicht auszuschließen“, dass die sowjetische Zustimmung zu Benešs Vorschlag eines Bündnisvertrags mit der Sowjetunion und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Polen zusammenhängen, schreibt Němeček. Diese Formulierung verschleierte, dass die positive Antwort aus Moskau zusammen mit der offiziellen Auflösung der Komintern den Eindruck verwischen sollte, den der Leichenfund bei Katyn und der Abbruch der Beziehungen zur polnischen Regierung bei den westlichen Alliierten hervorgerufen hatte, wie ich bereits 1988 herausgearbeitet habe. Němečeks Darstellung überspringt auch die Manöver, mit denen Beneš sowohl die US- als auch die britische Regierung über seinen Vertragsplan getäuscht hatte. Nach der Unterzeichnung des Vertrages mit der Sowjetunion „über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege“ im Dezember 1943 sprach Beneš Molotov gegenüber seine Erwartung aus, dass sich auf polnischem Boden ebenso wie in Jugoslawien eine neue Regierung bilden werde, „die nichts mit der polnischen Regierung in London gemein haben wolle“. Nach Němečeks Meinung wird diese Äußerung durch die werbenden Worte Benešs für den polnischen Ministerpräsidenten Stanisław Mikołajczyk ausgeglichen (S. 246 f.).

In Schwierigkeiten geriet Benešs Politik der Anpassung an sowjetische Wünsche, als die Sowjets in Polen mit dem Lubliner Komitee im Juli 1944 eine Gegenregierung installiert hatten. Um die Sowjets nicht zu verärgern, wagte Beneš nicht, Fierlinger

wegen dessen eigenmächtiger Kontakte zu dem Komitee von seinem Posten abzu-berufen, was auch Němeček als Fehler bezeichnet (S. 264). Zur Ernüchterung Beneš über die sowjetische Politik trugen der anfangs geheim gehaltene Empfang einer slowakischen Delegation Anfang August 1944, die Verzögerung der sowjetischen Waffenhilfe für den slowakischen Aufstand, das sowjetische Vorgehen in der Karpatenukraine und schließlich die in drohendem Ton vorgetragene Forderung nach der Anerkennung der Warschauer Regierung bei.

Němeček sucht polnische Vorwürfe zurückzuweisen, nach denen Beneš in Wirklichkeit den Konföderationsplan nur zeitweise, und zwar aus taktischen Gründen, unterstützt habe. Dieser Nachweis ist ihm m. E. nicht gelungen. Dagegen würde ich seiner These zustimmen, dass Beneš tatsächlich eine Verbesserung der Beziehungen zu einem Nachkriegspolen, am ehesten nach dem Muster der Kleinen Entente der Vorkriegszeit, angestrebt hat, allerdings mit einem Polen, das auf seine Ostgebiete und auf das Teschener Gebiet verzichtet und sich in der Außenpolitik an die Sowjetunion anpasst. Němeček schreibt: „Auch nach einer Reihe von Jahren der Forschung bin ich zu keinem anderen Schluss gekommen, als dass seine [Beneš] Politik in ihrer Zeit, unter den damaligen Bedingungen, das Maximum des Möglichen gewesen ist.“ (S. 300).